Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" vierteljährlich 2.30 RM., vierzehntägig 1.10 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12 M. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 250 M., für auswärtige Anzeigen 45 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefaufbewahrung 10 Pf.

Nr. 140 | Dresden, Montag den 18. Juni 1928 | 39. Jahrg.

„Konservative Republikaner"

Die neueste Erfindung der Hugenberg-Presse

Die „Politische Wochenschrift" ist ein etwas kümmerliches Gewächs auf dem Sumpfboden der Hugenberg-Plantagen. Aber manchmal zeitigt es doch Blüten, die durch ihre bizarre Form die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf sich lenken. So finden wir in der Nummer 23 vom 7. Juni d. J. darin einen Aufsatz „Neue Männer — neuer Weg", der sich mit der Wahlniederlage der Deutschnationalen beschäftigt und der der Partei die Wege aufzuzeigen versucht, aus denen neues Leben aus den Ruinen blühen soll.

Eine Frage ist es, die nach der Ansicht der Politischen Wochenschrift nun schleunigst, ehe der niederschmetternde Eindruck der katastrophalen Wahlniederlage der Deutschnationalen Volkspartei wieder verwischt ist, der Entscheidung entgegengeführt werden muß: nämlich „die programmatische Stellungnahme zur Staatsform". Es wäre sonst zu befürchten, daß der nationalen Rechten das Schicksal der französischen Royalisten, politisch zur Bedeutungslosigkeit verurteilt zu sein, nicht erspart bleibt. Darum gibt es nur einen Weg, der aus der Tiefe wieder zur Höhe führt:

„Das Bekenntnis zur Staatsform muß innerhalb der Rechten freigegeben werden, so daß in der Arbeit um Staat und Volk Royalisten wie konservative Republikaner innerhalb einer erneuerten Rechten sich die Hand reichen können. Erst dann kann mit einem siegreichen Einbruch in die Domänen der liberalisierten sozialistischen Arbeitermassen gerechnet werden; erst nach einem solchen kühnen Entschluß, der nur wert wäre des Genius eines großen Friedrich, der der erste Diener des großen Staates sein wollte, werden die Deutschnationalen aus der Zeit politischer Müdigkeit und Resignation zu siegreichem Vormarsch antreten und die gesamte Nation erfassen und darstellen können."

Nun haben wir ihn also endlich, den neuen deutschen Menschen der Politischen Wochenschrift, den konservativen Republikaner. Das ist zwar ein Widerspruch in sich selbst; denn ein ganzes Jahrzehnt lang hat man draußen im Lande nichts Besseres zu tun gewußt, als den Gedanken der republikanischen Staatsform als für deutsche Eigenart ungeeignet und verderblich hinzustellen und mit allen Mitteln der Demagogie zu bekämpfen. Ein ganzes Jahrzehnt lang hat man den Aufbau dieser deutschen Republik aus Schutt und Trümmern des konservativen Regimes den verruchten „liberalisierten Arbeitermassen" überlassen und sich selbst geifernd und schmollend abseits gestellt. Nun aber, da die Republik steht, da man gegen sie keine Parteigeschäfte mehr machen kann, will man sie in ihr und mit ihr machen, und dann soll der „konservative Republikaner" herhalten. Man geht kaum fehl in der Vermutung, daß hinter diesem Artikel der Politischen Wochenschrift einer der politischen Routiniers des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes steckt, der es ja von jeher ausgezeichnet verstanden hat, je nach der politischen Situation bald die schwarzweißrote, bald die schwarzrotgoldene, und wenn es sein muß, sogar die rote Fahne herauszustecken, wenn nur das politische und das Verbandsgeschäft dabei blühte.

Der kneifende Seldte

Wegen Beschimpfung der Republik zu 800 Mark Strafe verurteilt

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte hatte sich am Sonnabend der Führer des Stahlhelms, Seldte, zu verantworten. Seldte hatte auf dem Landesbundestag des Sahlhelms Oldenburg-Ostfriesland eine Rede gehalten, in der er die Deutsche Republik als ein Abbruch-, Alteisen- und Schrothandelsgeschäft bezeichnete, mit dem der Stahlhelm nichts gemein habe. In der gleichen Rede hatte er auch die Reichsflagge eine Partei- und Hausfahne genannt, deren Farben zuerst von der feindlichen Propaganda, von Ueberläufern und bezahlten Spionen gezeigt worden seien.

Vor dem Gericht erklärte Seldte, **er habe durch diese Ausführungen keinen Angriff gegen die Regierung und die gegenwärtige Staatsform unternehmen wollen,** es habe ihm auch ferngelegen, die Reichsfarben zu beleidigen. Das Gericht verurteilte Seldte **zu drei Wochen Gefängnis, umgewandelt in 800 Mark Geldstrafe,** und den mitangeklagten Redakteur der Bundeszeitschrift Der Stahlhelm, die Seldtes Rede abgedruckt hatte, zu 10 Tagen Gefängnis, umgewandelt in 250 Mark Geldstrafe.

Ein tapferer Stahlhelmführer. Erst beschimpft er die Republik und ihre Fahne, und dann will er es nicht so gemeint haben. Alles, was er in jener Rede sagte, war nur Spaß. Seine Rede verliert durch diesen Zurückzieher zwar jeden Sinn, aber wer will von diesen Helden verlangen, daß sie für ihre Gesinnung ins Gefängnis gehen? Das überlassen sie den Armen im Geiste, die sich durch diese Hetzreden zu Exzessen aufputschen lassen. Die Seldtes waschen ihre Hände immer in Unschuld!

•

Er legt sogar Berufung ein!

S. **Berlin,** 17. Juni. (Eig. Funkspruch.) Der Selterswasserfabrikant Seldte hat gegen das am Sonnabend gefällte Urteil des Großen Berliner Schöffengerichts Berufung eingelegt.

Kulturpolitik nach den Wahlen

Von Anna Siemsen, M. d. R.

Die neue Lage, welche die Wahlen geschaffen haben, bedeutet auf dem Gebiete der Schul- und Kulturpolitik neue Schwierigkeiten. Es ist notwendig, diese zu sehen. Die Kulturpolitik des Reiches hat sich unter dem Bürgerblock fast ausschließlich beschränkt auf die hervorragende Leistung der Külzschen Polizeigesetze und auf den Kampf um das Reichsschulgesetz. Die ersten sammelten um sich das gesamte Bürgertum unter der Führung der Demokraten, das zweite hat allerdings den Bürgerblock gesprengt, aber seine Durchführung ist eine politische Hauptforderung des Zentrums, das ja nach dem Ausspruch eines bekannten Genossen „die politische Schlüsselstellung" hält. Möglich, daß es seine Forderungen zurückstellt, bis die Sozialdemokratie über kurz oder lang aus der Regierung herausmanövriert ist; aufgeben wird sie's gewiß nicht, wahrscheinlich werden die dezimierten und auf seine Unterstützung mehr als je angewiesenen „liberalen" Parteien geringeren Widerstand leisten, und unter allen Umständen findet es in den Bestimmungen der Weimarer Verfassung eine Unterstützung. Der Keudellsche Reichsschulgesetzentwurf ging zweifellos über diese Verfassungsbestimmungen hinaus. Kommt ein Reichsschulgesetz in diesem Reichstag zur Verhandlung, so wird es unsere nicht sehr befriedigende, aber unerläßliche Aufgabe sein, innerhalb der verfassungsmäßig einmal gegebenen Grenzen das Maximum des für die Arbeiterschaft Notwendigen zu sichern: die weltliche Schule vollberechtigt und ungehindert als Wahlschule, die verfassungsmäßige Gemeinschaftsschule — nicht die „christliche" der Demokraten, die nur eine verkappte Konfessionsschule ist — als Regelschule, kein wie immer gearteter kirchlicher Einfluß auf Verwaltung und Aufsicht der Schulen über die verfassungsmäßig gesicherte Einflußnahme auf den Religionsunterricht hinaus, Sicherung der Gewissensfreiheit der Lehrer an allen staatlichen Schulen — auch den konfessionellen. — Diese Dinge sind unerläßlich. Sie werden nicht leicht zu erlangen sein, in einer Koalition, in der nur die Sozialdemokratie sie vorbehaltlos anstrebt. Ein Gesetz, das sie nicht enthält, wäre indes untragbar.

Dieser unvermeidliche Kampf um die Minimalbedingungen einer Volksschule darf unseren Blick aber nicht ablenken von anderen bisher in der Reichsgesetzgebung durchaus vernachlässigten Forderungen. Eine von ihnen ist die verfassungsmäßig gesicherte, aber bisher nicht durchgeführte Unentgeltlichkeit der Lernmittel in Volks- und Fortbildungsschulen. Weiter die Erweiterung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts auf mittlere, höhere und Fachschulen, wozu bisher nur die allerungenügendsten Ansätze vorhanden sind, und Bereitstellung von Erziehungsbeihilfen in dem Umfange, wie es in anderen Ländern (Oesterreich, Frankreich) längst geschieht; ein vom Reich aus zu sichernder Ausbau der sozialen Schuleinrichtungen: Schulspeisung, Schulheime, Schulpflege, schulärztliche Behandlung in Verbindung mit einem Ausbau der Heil- und Pflegeeinrichtungen. So gewiß diese Dinge im einzelnen Aufgaben der Länder und der Gemeinden sind, so notwendig ist es, daß das Reich dafür Rahmengesetze erläßt und im Bedarfsfalle Mittel bereitstellt, da viele Länder bei ihren wachsenden Finanzschwierigkeiten darangehen, die kaum begonnenen Einrichtungen wieder abzubauen, die Mehrzahl der kleinen und der mittleren Gemeinden überhaupt nicht imstande ist, die dringendsten Bedürfnisse auf diesem Gebiet zu befriedigen. Ein Reich, das in der vergangenen Legislaturperiode Millionen für die Geschäfte des Herrn Lohmann und Hunderte von Millionen für die Reichswehr übrig hatte, kann sich nicht mit mangelnden Mitteln für sein fehlendes Interesse an der Jugend entschuldigen.

Unbedingtes Eingreifen des Reiches ist aber auch erforderlich gegenüber dem überhandnehmenden Unfug des Berechtigungswesens, das heute jede nur im mindesten verantwortliche und aussichtsreiche Arbeit von Prüfungen und dem Besuch höherer, bevorrechtigter Schulen abhängig macht. Diese Entwicklung führt uns immer weiter fort von der verfassungsmäßig geforderten Einheit des Schulwesens und wächst sich aus zu einem Bildungsprivileg der Besitzenden, wie es verhängnisvoller nie bestanden hat. Ein Einheitsschulgesetz ist längst fällig. Soll eine Koalition in kulturpolitischer Beziehung für uns tragbar sein, so müssen wir seine Einbringung erreichen. Und wir müssen es einbringen und durchführen in engster Einheit mit dem ebenfalls unentbehrlichen und längst fälligen Gesetz für Berufsausbildung. Die Verfassungsforderung, daß jedes deutsche Kind bis zu seinem vollendeten 18. Lebensjahre die Fortbildungsschule zu besuchen hat, wartet noch auf gesetzliche Durchführung, und wo dieser Schulbesuch besteht, entsprechen die Schulen in den meisten Fällen nicht einmal den bescheidensten Anforderungen, die die Arbeiterschaft stellen muß. Sachsen und Hamburg sind auf diesem Gebiete mit Gesetzgebung und praktischer Arbeit vorangegangenen (die thüringische Reformarbeit ist seit Jahren durch einen dauernden Abbau abgelöst). Es ist unsere erste Pflicht, in der Koalition darauf

Der bayerische Regierungssumpf

D. **München,** 17. Juni. (Eig. Drahtber.)

Am 20. Juni tritt die Regierung Held zurück, das heißt sie stellt ihre Aemter dem tags darauf erstmals zusammentretenden Landtag zur Verfügung. Es ist aber damit zu rechnen, daß das bayerische Staatsschiff nicht lange ohne Kapitän und Steuermann sein wird, denn die Führung und die neue Fraktion der Bayerischen Volkspartei sind eifrig an der Arbeit, in ihren eigenen Reihen eine Klärung der verschiedenen Auffassungen herbeizuführen. Diese Klärung ist notwendig, weil tatsächlich in den weitesten Kreisen der Bayerischen Volkspartei starke Strömungen gegen die Wiederaufrichtung der alten Koalition bestehen. Sie beziehen sich zum größeren Teil auf die neuerliche Zusammenarbeit mit dem Bauernbund, der seine ganze Radiarbeit gegen die Bayerische Volkspartei einstellte und davon auch den Nutzen einer Verdoppelung seiner Mandate bezogen hat. Die politisch linksstehenden Elemente der Bayerischen Volkspartei, die zahlenmäßig allerdings noch nicht sehr stark sind, haben aber auch grundsätzliche Bedenken gegen eine Wiederverbrüderung mit den Deutschnationalen, da sie einsehen beginnen, daß die Deutschnationalen der eigentliche böse Geist in der bayerischen Politik der letzten Jahre gewesen sind und es für die Bayerische Volkspartei im eigenen Interesse an der Zeit ist, aus der schwarzweißroten Umklammerung herauszukommen.

Diese letztere Entwicklung ist aber noch nicht im Stadium praktischer Auswirkung. Die sogenannte Liquidationspolitik des Ministerpräsidenten Dr. Held, auf die er selbst so stolz ist, muß sich lediglich auf eine zeitweise Eindämmung der äußerlichen Gewaltausbrüche und der Revolutionsschnauze Hitlers, während sich die innere Einstellung zu den bayerischen Schandmethoden der Jahre 1920 bis 1923 nicht wesentlich geändert hat. Heute noch spielen maßgebende Führer der Bayerischen Volkspartei mit dem ruchlosen Gedanken, die sozialistische Arbeiterschaft durch die Schergen des kunterbunt zusammengewürfelten Faschismus in Bayern niederzutreten und womöglich auszurotten, und Tausende von kleinen Funktionären der Partei dürfen nach wie vor in den sogenannten vaterländischen Zirkeln der 1923er Politik der Kahr—Knilling huldigen. Dazu werden diese kleinen Geister noch besonders ermuntert durch die enge Tuchfühlung und Freundschaft, die der Parteioberste Held mit dem Exponenten der Deutschnationalen in Bayern, dem Justizminister Gürtner, hält, der immer noch zu seinem einstigen Bekenntnis steht: Die Nationalsozialisten sind Fleisch vom deutschnationalen Fleische. So sieht in Wirklichkeit die Liquidation der staatsverbrecherischen Kahr-Politik aus.

An eine wesentliche Aenderung der bayerischen Regierungspolitik ist, wie die Dinge heute noch liegen, für die nächste Zeit also nicht zu denken. In Wirklichkeit waren auch die Tastversuche der Bayerischen-Volkspartei-Presse für eine neue Koalitionspolitik rein taktischer Natur. Sie verfolgen den Zweck, den Deutschnationalen Angst einzujagen und sie für die Neubildung der Regierung und des Koalitionsprogramms gefügiger zu machen. Für die Charakterisierung der neuen bayerischen Regierung genügt es vollauf, zu wissen, daß ihr Chef wiederum Held und ihr Justizminister wiederum Gürtner heißen wird, derselbe deutschnationale Parteigänger, der nach den Enthüllungen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß nur durch die ihn schützende Hand des gegenwärtigen Ministerpräsidenten der Bayerischen Volkspartei einer Verantwortung vor dem Staatsgerichtshof entgangen ist.

Die Koalitionsverhandlungen zwischen Bayerischer Volkspartei und Deutschnationalen werden am Donnerstag und Freitag der nächsten Woche in Fluß kommen. In der Zwischenzeit hat die Vorstandschaft der Bayerischen Volkspartei ein parlamentarisches Arbeitsprogramm auf der Grundlage von Richtlinien auszuarbeiten, die von der Fraktion in zweitägigen Besprechungen aufgestellt wurden. Das Programm selbst wird am Mittwoch der Beschlußfassung einer neuen Fraktionssitzung unterworfen. Es soll die Grundlage des neuen Koalitionsprogramms bilden, auf das sich die anderen Regierungsparteien zu verpflichten haben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19280618/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG